

Artikel vom 12.07.2017

Neues aus dem Kabinett

Anerkennung für bayerische G20-Polizisten



Das bayerische Kabinett hat den am Schutz des G 20-Gipfel in Hamburg beteiligten bayerischen Polizeibeamten für ihren schwierigen und vorbildlichen Einsatz gedankt.

Auf Vorschlag von Innenminister Joachim Herrmann erhalten alle beteiligten Polizisten drei Tage Sonderurlaub und können sich die geleisteten Überstunden ausbezahlen lassen. Darüber hinaus laden die bayerische Staatsregierung und Landtag die Polizeibeamten als Zeichen der Anerkennung am 20. Juli 2017 zu einem Empfang für die Einsatzkräfte nach Schloss Schleißheim ein.

Fahrplan zur Einführung der Landarztquote

Gesundheitsministerin Melanie Huml und Wissenschaftsminister Ludwig Spaenle haben konkrete Vorschläge zur Aufrechterhaltung einer guten medizinischen Versorgung auf dem Land vorgestellt. Unter anderem soll eine Landarztquote in das Medizinstudium eingeführt werden: „Unser Ziel ist es, eine Landarztquote in Bayern möglichst zum Wintersemester 2019/2020 einzuführen. Damit sollen bis zu fünf Prozent aller Medizinstudienplätze im Freistaat für Studierende vorgehalten werden, die sich verbindlich bereit erklären, später als Hausarzt in Regionen zu arbeiten, die bereits ärztlich unterversorgt sind oder von Unterversorgung bedroht sind. Mit besseren Chancen auf einen Medizinstudienplatz wird der Anreiz erhöht, sich für eine Niederlassung in der Fläche zu entscheiden. Gleichzeitig erleichtern wir die Suche nach Nachfolgern für eine Landarztpraxis. Damit stellen wir die Weichen für die Zukunft unseres Ärztenachwuchses und für die hausärztliche

Versorgung auf dem Land. Für uns ist von zentraler Bedeutung, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen Bayerns zu realisieren“, erklärten Huml und Spaenle.

Neben der Einführung der Landarztquote, die Bayern als eines der ersten Bundesländer umsetzen will, soll auch die Zahl der Medizinstudienplätze im Freistaat erhöht werden. Spaenle weiter: „Mit Gründung der Medizinischen Fakultät in Augsburg wird Bayern ab dem Wintersemester 2019/20 seine Studienplatzkapazitäten stufenweise um 252 Studienplätze erhöhen. Damit haben wir bereits eine Vorreiterstellung inne gegenüber anderen Bundesländern.“

Ministerin Huml machte deutlich, dass die Gewährleistung einer guten medizinischen Versorgung auf dem Land oberste Priorität für die Staatsregierung habe: „Auch künftig sollen die Patientinnen und Patienten einen Hausarzt vor Ort finden können. Die Sicherung unseres Ärztenachwuchses für die Menschen in unserem Land ist eine zentrale Zukunftsaufgabe. Deshalb wird die Staatsregierung in ihren Bemühungen, Ärzte für das Land zu gewinnen, nicht nachlassen“, sagte Huml.